

D1 Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)

Antragsteller*in: Barbara Domke
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3 Mehrheit für Zulassung)
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Seit 2015 befinden wir uns in der Herausforderung einer sehr hohen Fluchtbewegung in unser Bundesland. Vor allem aus den Ländern Syrien und Afghanistan sind sehr viele Menschen in den Städten und im ländlichen Raum angekommen. Krieg verursacht eine schwere Traumatisierung. Sie haben nicht nur in ihrem Land, sondern häufig auch auf den Fluchtwegen traumatische Erfahrungen gemacht.
- 2 Seit vor mehr als drei Wochen der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, kommen täglich hunderte Menschen in unser Land. Es handelt sich fast ausschließlich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Sie sind alle im Schockzustand und haben traumatische Erlebnisse gehabt.
- 3 **Damit sich diese traumatischen Erfahrungen nicht in behandlungsbedürftige Posttraumatische Belastungsstörungen manifestieren, bedarf es präventiven Maßnahmen. Dazu benötigen wir ein regelfinanziertes, psychologisches und psychosoziales Versorgungssystem.**
- 4 In dem vorhandenen Gesundheitssystem gibt es bereits eine regelfinanzierte Versorgung mit Psychotherapeut:innen und psychiatrischen Behandlungsangeboten. Aber diese sind bereits dermaßen ausgelastet, dass es zu teilweise monatelangen Terminvereinbarungen kommt und Therapieplätze ebenfalls auf sehr lange Zeit ausgebucht sind.
- 5 Zusätzlich problematisch ist es, dass es in der jetzigen Regelversorgung keine Kostenübernahme für Sprachmittlung gibt. Es stellt Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen vor eine große Herausforderung, mit Patient:innen zu arbeiten, wenn eine forensisch belastbare Kommunikation nicht möglich ist. Sie dürfen dann sogar eine Behandlung ablehnen.

Begründung

Die Regierungskoalition des Landes Brandenburg hat sich in seinem Koalitionsvertrag auf folgendes verständigt:

"(...) Die gelingende Integration von Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten hat für die Koalition hohe Priorität, und den Betroffenen schnell soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, Zeile 2610-2613)

"Die EU-Aufnahmerichtlinie verpflichtet das Land, besonders schutzbedürftige Geflüchtete zu erkennen und Schutz sowie Versorgung entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen zu gewährleisten. Deshalb werdend wir Arbeit des psychosozialen Zentrums in Fürstenwalde fördern." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, Zeile 2622-2625)

"Menschen, die schutzbedürftig sind, finden in Brandenburg Hilfe." (https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3833.de/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, Zeile 2912-2913)

Aufgrund der aktuellen Situation, wo besonders vulnerable Gruppen (Frauen und Kinder) in großer Zahl hilfesuchend in Brandenburg ankommen, sollten diese Vereinbarungen des Koalitionsvertrages schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu gehören auch die geforderten, regelfinanzierten psychologischen und psychosozialen Versorgungsangebote. Es ist davon auszugehen, dass wir stetig aufgrund vorherrschender, weltweiter Krisenherde, und der daraus resultierenden Fluchtbewegungen, wir uns dieser Problematik der fehlenden psychologischen und psychosozialen Versorgung stellen müssen. Eine Verstetigung des Angebotes ist auch deshalb zu forcieren, um Fachkräfte langfristig zu binden und somit eine qualifizierte Unterstützung leisten zu können.

Unterstützer*innen

Kathleen Mattke (KV Cottbus), Daniel Scholz (KV Cottbus), Jakob Rudolph (KV Cottbus), Mojtaba Abbassi (KV Cottbus), Steffi Bernsee (KV Barnim), Josef Reitemann (KV Märkisch-Oderland), Florian Winkler (KV Uckermark), Daniel Meile (KV Potsdam), Eva Mecklenburg (KV Potsdam-Mittelmark), Stefan Schneider (KV Potsdam), Viviane Triems (KV Potsdam), Claudia Weise (KV Prignitz), Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder), Frauke Havekost (KV Potsdam), Tom Ritter (KV Teltow-Fläming), Hans-Joachim Weißflog (KV Cottbus), Ruth Wagner (KV Teltow-Fläming), Martin Wenzel (KV Cottbus), Heinz-Herwig Mascher (KV Oberhavel), Melanie Gierach (KV Oberspreewald-Lausitz), Ulrike Sweetwood (KV Potsdam), Arsen Dittberner (KV Oberhavel), Eberhard Müller (KV Havelland), Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin), Alexandra Schäfer (KV Frankfurt-Oder), Tibor Rumpf (KV Havelland), Gerrit Prange (KV Potsdam), Stephan Gumbel (KV Cottbus)

D2NEU Solidarität mit der Ukraine

Gremium: 46. Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.03.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3
Mehrheit für Zulassung)

Antragstext

- 1 Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg verurteilt den
völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf den souveränen Staat der Ukraine.
Wir verurteilen aufs Schärfste die völkerrechtswidrigen Angriffe auf
Zivilist*innen, die immer häufiger werden.
- 2 Die schwierige humanitäre Lage in der Ukraine erschüttert uns zutiefst. Das
Leiden der Menschen in der Ukraine wird immer dramatischer.
- 3 Wir solidarisieren uns mit der Ukraine und den dort lebenden Menschen, die
täglich um ihr Leben fürchten.
- 4 Wir solidarisieren uns mit all denjenigen, die wegen des Krieges auf der Flucht
sind. Unsere Gedanken sind insbesondere bei den Familien, die durch den Krieg und
die Flucht auseinandergerissen wurden oder die geliebte Menschen verloren haben.
- 5 Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen in Russland und in den besetzten
Städten, die trotz der Gefahr einer Inhaftierung, gegen den Angriffskrieg auf die
Ukraine und die russische Regierung protestieren.
- 6 Wir setzen uns gemeinsam auf allen Ebenen ein für:
- 7
- die Erhöhung des Drucks auf Putin durch die Umsetzung harter Sanktionen,
- 8
- die Lieferung von Lebensmitteln, Trinkwasser, Material, Schutzwaffen und
Ausstattung in die Ukraine,
- 9
- schnelle humanitäre Hilfe für die Bevölkerung in der Ukraine,

- 10
- die unbürokratische, schnelle Aufnahme von Geflüchteten,
- 11
- die langfristige Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr, einhergehend mit einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben in diesen schwierigen Zeiten. Eine Wiedereinführung der Wehrpflicht würde uns in keiner Weise helfen die aktuellen Bedrohungen zu bewältigen.
- 12
- Waffen bringen nie Frieden. Trotzdem sind Waffenlieferungen in die Ukraine zur Selbstverteidigung (gemäß Art. 51 der UN-Charta) in Zeiten wie diesen gerechtfertigt! Wir unterstützen jedoch alle Bemühungen mit Putin in einen diplomatischen Dialog und Friedensverhandlungen zu treten.
- 13
- Die Europäische Union ist als einzigartiges Friedensprojekt entstanden und hat eine Mitverantwortung für Frieden weltweit. Gegen autoritären Nationalismus ist das Versprechen Europas auf Frieden, Freiheit, Demokratie, Solidarität, Gerechtigkeit, Stabilität, ökologische Verantwortung und Menschenwürde wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsbasierter Politik in der Welt. Wir unterstützen die Beitrittsperspektive der Ukraine in die Europäische Union.
- 14
- Die humanitären, geopolitischen und ökonomischen Auswirkungen sind enorm. Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, der schnellstmögliche Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien sind jetzt dringender denn je - nicht nur für unser Klima, sondern auch für unsere Sicherheitspolitik.
- 15
- Die Importe von Öl, Gas und Kohle aus Russland müssen wir schnellstmöglich beenden, um Putin die finanziellen Mittel für den Krieg zu entziehen. In Brandenburg kommt uns dabei aufgrund der starken Abhängigkeit von russischem Öl und Gas eine besondere Verantwortung zu. Wir müssen deshalb im Land Brandenburg kurzfristig Öl- und Gasverbrauch senken, die Energie-, Wärme- und Verkehrswende auch auf Landesebene beschleunigen und alternative Wege der Rohstoffversorgung für die betroffenen Industrien entwickeln.
- 16
- Eine starke Außen- und Sicherheitspolitik ist feministisch. Diese Form der Sicherheitspolitik setzt auf Diplomatie. Sie folgt dem Leitbild der „menschlichen Sicherheit“: nicht Staaten und ihre Grenzen sind in ihrem Fokus, sondern die Menschen, die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung. Deshalb unterstützen wir eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik - in allen Krisen- und Kriegsgebieten der Welt.
- 17
- Unser Ziel ist und bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Daher nimmt Deutschland eine

führende Rolle bei der Stärkung internationaler Abrüstungsinitiativen ein. Nicht zuletzt führt uns der Angriff Putins auf die Ukraine deutlich vor Augen: Atomwaffen müssen abgeschafft werden!

- 18 Unsere Gedanken und unsere Solidarität sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir halten zusammen für Frieden und Menschenrechte! Wir Brandenburger Bündnisgrüne unterstützen die schnelle Aufnahme von Geflüchteten in Brandenburg. Auf Grund der akuten Überlastung der Unterstützungssysteme in Polen sowie zur Minimierung der Unsicherheiten und Bürokratie für Kriegsflüchtlinge ohne ukrainischen Pass, ist es dringend geboten, Überstellungen nach Polen zunächst auszusetzen. Wir unterstützen aktiv die Sammlung und den Transport von Hilfsgütern in die Ukraine, aber auch die Integration der geflüchteten Ukrainer*innen in unseren Kommunen. Wir setzen uns für eine niedrigschwellige psychosoziale Begleitung der Menschen bei uns vor Ort ein.

D3 Bündnisgrüner Rückenwind für Frankfurts Bewerbung um das „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“

Antragsteller*in: Alexandra Schäfer (KV Frankfurt-Oder)
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3 Mehrheit für Zulassung)

Antragstext

- 1 Der Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg begrüßt und unterstützt die Bewerbung der Stadt Frankfurt (Oder) um das geplante „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“.

Begründung

Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ reflektierte die mentalen, kulturellen und emotionalen Aspekte der Friedlichen Revolution, Deutschen Einheit und nachfolgenden Transformation. In ihren Handlungsempfehlungen empfahl sie Ende 2020 zum Einen die Würdigung der Leistungen und der umfangreichen Transformationserfahrungen der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern. Zum Anderen sollten diese Erfahrungen für das gesamte Land nutzbar gemacht werden. Aus diesem Grund enthielt der Abschlussbericht der Kommission unter anderem auch die Empfehlung zur Einrichtung eines **„Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“**. Die Bundesregierung nahm diese Empfehlung an und auch die neue Bundesregierung bestätigte sie. Bis 2027 soll dieses Zentrum aus Wissenschaft, Kultur und Begegnung in einer ostdeutschen Stadt entstehen und überregionale Strahlkraft entfalten. Für die Standortauswahl ist ein Bewerbungsprozess geplant.

Schon früh nach Bekanntwerden des Vorhabens im vergangenen Jahr hat die Stadt Frankfurt (Oder) ihren Hut in den Ring geworfen. Denn als ehemalige Grenzstadt, als „Tor zum Osten“, und nun als Doppelstadt mitten in Europa, mit einer Europa-Universität Viadrina im Herzen der Stadt, welche unter anderem grenzüberschreitend und vergleichend Transformationsprozesse erforscht, scheint die Stadt viele der genannten Kriterien zu erfüllen. Anfang des Jahres startete Frankfurt (Oder) seine Bewerbungskampagne unter dem Motto **"Stadt der Brückenbauer:innen"**. Denn Frankfurt (Oder) kennt sich aus: mit der Transformation, mit dem Brückenbauen und dem Brückenschlagen - über Generationen, Kulturen, Grenzen, den Fluss.

Die jüngsten Ereignisse verleihen dem Bewerbungsmotto eine zusätzliche Dimension und es wird abermals klar, wie wichtig es ist, stabile Brücken über Gräben der Vergangenheit zu bauen, Orte der Begegnung und des Dialogs zu schaffen und Horizonte zu erweitern, um ein friedliches Miteinander in Europa zu wahren.

Frankfurt (Oder) ist der prädestinierte Standort für das Zukunftszentrum, weil...

- in der deutsch-polnischen Grenzstadt tagtäglich die europäischen Werte gelebt werden,
- es eine lebendige und Zivilgesellschaft gibt und viele Menschen, die sich grenzüberschreitend engagieren,
- mit dem Zukunftszentrum viele Chancen für die Stadt einhergehen: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Stärkung des lokalen Handels und Tourismus und die Eröffnung eines neuen Ortes für Austausch und Kultur in Frankfurt,
- es mit der Europa-Universität Viadrina und dem Collegium Polonicum in S?ubice einen internationalen und anerkannter Standort für Dialog und Wissenschaft gibt, an dem Menschen aus über 90 Ländern forschen und studieren,
- Frankfurt mit seiner Entwicklung von einer Grenzstadt am Rande der Europäischen Gemeinschaften zur deutsch-polnischen Doppelstadt Frankfurt-S?ubice in der Mitte der Europäischen Union bereits jetzt schon ein Ort der europäischen Transformation ist (und darüber hinaus allein durch die geographische Lage prädestiniert dafür ist, ein Ort für Europäischer Begegnung zu werden),
- das Zukunftszentrum eine einmalige Chance darstellt, die nachhaltige Entwicklung der Stadt und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu sichern und sie zukunftsfähig zu gestalten,
- die Stadt mit der Bewältigung der Folgen der friedlichen Revolution von 1989 und der deutschen Einheit – insbesondere dem Zusammenbruch des Halbleiterwerks und dem inzwischen gestoppten Bevölkerungsverlust – exemplarisch für die Entwicklung und Umbruchserfahrungen vieler ostdeutscher Städte nach 1990 steht.

Wir bitten die Landesdelegiertenkonferenz den Antrag zu unterstützen und somit der Stadt Frankfurt (Oder) grünen Rückenwind für den weiteren Bewerbungsprozess mitzugeben. Jede:r ist herzlich eingeladen die Kampagne mit einem Bild und Statement zu unterstützen und selbst Brückenbauer:in zu werden!

Mehr Infos zu der Kampagne der Stadt und den bisherigen Brückenbauer:innen hier: <https://stadt-der-brueckenbauer.de/>

Unterstützer*innen

Carla Ruhrmann (KV Frankfurt-Oder), Peer Schwiders (KV Frankfurt-Oder), Dominic Andres (KV Frankfurt-Oder), Katja Kraft (KV Frankfurt-Oder), Peter Hauptmann (KV Frankfurt-Oder), Alena Karaschinski (KV Frankfurt-Oder), Majeed Behzad (KV Frankfurt-Oder), Inge Elise Funke (KV Frankfurt-Oder), Paul Bonte (KV Frankfurt-Oder), Dominik Schmitz (KV Frankfurt-Oder), Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin), Ulrike Waltsgott (KV Frankfurt-Oder), Oliver Kossack (KV Frankfurt-Oder), Sabine Fischbach (KV Frankfurt-Oder), Ken Gericke (KV Potsdam)

GO-1 Änderung LDK-Geschäftsordnung

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 23.03.2022
Tagesordnungspunkt: 1. Dringlichkeitsanträge (bedürfen 2/3
Mehrheit für Zulassung)

Antragstext

- 1 • §2 Abs. Streichung anwesenden Delegierten und Ersetzung durch: eingeloggten Delegierten auf der Veranstaltungsseite <https://veranstaltung.gruene-brandenburg.de>
- 2 • §3 Überschrift: Streichung Rederecht und Änderung in Redebeiträge
- 3 • §3 Abs. 1 Ergänzung Brandenburg nach Bündnis 90/ Die Grünen.
- 4 • §3 Abs. 2 Ergänzung am Ende: Eine Verlängerung der Redeliste kann auf Antrag durch die Versammlung beschlossen werden.
- 5 • §3 Abs. 3 Neufassung: Wer zur Sache sprechen will, hat sich bei dem Präsidiumsmitglied zu melden, welches die Redeliste gemeinsam mit der Technischen Antragskommission führt. Wortmeldungen sind über die LDK Webseite <https://veranstaltung.gruene-brandenburg.de> bei der Technischen Antragskommission einzureichen. Die Meldung enthält Name und Kreisverband des betreffenden Mitgliedes.
- 6 • §3 Abs. 4 Neufassung: Die Reihenfolge der Redner*innen bestimmt sich durch das Los (digitales Losverfahren). Das Präsidium kann weiteren Personen das Rederecht erteilen, wenn es für den Ablauf der Veranstaltung oder dem Verlauf einer Debatte zweckdienlich erscheint. Das Recht von Frauen auf mindestens die Hälfte der Redezeit ist zu gewährleisten, dazu werden getrennte Redelisten geführt (Frauen/Offen), mindestens jeder zweite Redebeitrag ist Frauen vorbehalten. Ist die Redeliste der Frauen erschöpft, so sind die Frauen der Versammlung zu befragen, ob die Debatte fortgesetzt werden soll.
- 7 • §4 Abs. Als 1. Satz wird ergänzt: Alle Anträge, auch Dringlichkeits- und Änderungsanträge und Bewerbungen werden über

<https://brandenburg.antragsgruen.de> bei der Antragskommission eingereicht. Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden Mitglieder und Wortlaut des Antrages.

- 8 • §4 Abs. 2 ERgänzung nach Antragskommission: und Technische Antragskommission
- 9 • §5 Abs. 1 Streichung jedem Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg eingebracht und Neufassung: Geschäftsordnungsanträge können von Delegierten und Ersatzdelegierten sowie Bewerber*innen in ihrem jeweiligen Abstimmungsverfahren über den Button „GO-Antrag“ auf der dLDK Webseite <https://veranstaltung.gruene-brandenburg.de> ab Beginn der LDK gestellt werden. Sie sind möglichst frühzeitig zu stellen. Bei der Antragstellung sind Name und Kreisverband der Antragsteller*innen und der Wortlaut des Antrages in die entsprechenden Felder einzufüllen. Mit dem Absenden des Antrags wird die antragstellende Person per Videokonferenz mit der technischen Antragskommission verbunden, um die Antragstellung abzuschließen.
- 10 • §5 Abs.5 Ergänzung Beide Wortbeiträge begründen den bzw. widersprechen idR den Anlass des Antrags, sie ist kein inhaltliches Forum.
- 11 • §6 Abs. 1 Streichung schriftlichen und Ergänzung Aus technischen Gründen muss der Antrag spätestens 10 Minuten vor Ende des Tagesordnungspunktes bei der technischen Antragskommission angemeldet werden. Dies erfolgt über das Verfahren für Geschäftsordnungsanträge. Persönliche Erklärungen können nicht schriftlich zu Protokoll gegeben werden.
- 12 • § 7 Abs. 1 Streichung anwesenden Stimmberechtigten und Ergänzung eingeloggten Stimmberechtigten auf der Veranstaltungsseite <https://veranstaltung.gruene-brandenburg.de> durch die Technische Antragskommission.
- 13 • Streichung § 9 (Offene Abstimmungen)
- 14 • § 10 neue Überschrift: digitale Abstimmung und schriftliche Schlussabstimmung (Briefwahl)
- 15 • § 10 Streichung Abs. 1 und 2. Neufassung (1) Durchzuführende Wahlen und Abstimmungen werden mittels einer digitalen Stimmkarte auf der LDK über das Grüne Abstimmungstool auf der Webseite <https://veranstaltung.gruene-brandenburg.de> durchgeführt. (2) Vor der Abstimmung wird das System ausführlich erklärt und eine Testabstimmung durchgeführt.(3) Die Bestätigung der Wahlen und Satzungsänderungen erfolgt mit einer

schriftlichen Schlussabstimmung mittels Briefwahl im Anschluss an die digitale LDK. Das Nähere regelt die LDK Wahlordnung (und Ergänzung der Wahlordnung WO-1).

16

- Ergänzung mit neuem § 14: Laufzeit der Änderungen: Die zu Beginn der 46. Landesdelegiertenkonferenz beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung behalten nur für die 46. digitale Landesdelegiertenkonferenz ihre Gültigkeit und gelten nicht für folgende Landesdelegiertenkonferenzen weiter.

Begründung

Mit dem Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie (verlängert bis 31.08.2022) wird u.a. den Parteien (§5) die Möglichkeit gegeben Wahlen und Satzungsänderungen digital bzw. hybrid mit anschließender Briefwahl als Bestätigung durchzuführen - auch wenn eine Satzungsgrundlage dafür nicht vorgesehen ist. Die Änderung der Geschäftsordnung und Ergänzung der Wahlordnung regelt die daraus folgenden Verfahren.